



meindungspolizei haben wir doch Bedenken. 16 800 Leut haben in dieser Session die Großstadt schon verlohrt. Sind die uns ausgedachten Eingemeindungsanträge abgelehnt, oder sollen uns noch mehr Entwürfe zugehen? Wir beantragen Kommissionsberatung.

Ein Regierungskommissar erwidert, die Staatsregierung wisse die Bedenken des Vorredners zu würdigen. Es handle sich hier jedoch nicht bloß um Erweiterung eines Stadtkreises sondern auch um ein neues Amtverstehen.

Ag. Dr. Wolf (Str.) Die prinzipielle Eingemeindung kann hier ganz außer Acht gelassen werden. Es handelt sich nur um einen konkreten Fall, in dem die Notwendigkeit der Eingemeindung für sich selbst spricht.

Nach kurzer Debatte geht die Vorlage an die verfasste Gemeindeforschung. Die Eingemeindung des Etats des Ministeriums des Innern

Wird fortgesetzt. Beim Kapitel Polizeiverwaltung in den Provinzen" bemerkt auf Anfrage des Abgeordneten Bartscher (Str.)

Unterstaatssekretär Osk, die zurzeit bestehende Uebertragung der Geschäfte des Polizeipräsidenten von Wocham an Aufseher des Kreisfiskus werden in absehbarer Zeit aufgehoben werden.

Ag. Dr. Wiedemann (Sag.) beklagt das gegen die politische Bewegung gerichtete „Spionagegesetz“ und sucht seine früheren Angaben über die Ergebnisse bei den Straßburger Straßendemonstrationen zu revidieren.

Unterstaatssekretär Osk weist die Behauptung zurück, als ob die politische Polizei seit der Errichtung des Reichs und vieler der Reichsgesetze die Sozialdemokratie nicht sich nur neuen Agitationstaktiken verschrieben. Die gerichtliche Marierung der Straßburger Vorgänge wird übrigens gezeigt, daß sich die Agitatoren auch hier wieder hinter der Front verhalten haben. (Schrill hört!)

Ag. Dr. Ormensehn (Str.) wünscht einen besonderen Polizeipräsidenten für Wocham.

Ag. Dr. Proffers (Str.) unterstützt diesen Wunsch. Ag. Hammer (Str.) behauptet, daß der Erlaß des Ministers, nach dem sich die Gendarmen ein Dienstkleid nicht mehr zu halten brauchen, von den militärischen Vorgesetzten der Gendarmen durchgesetzt werden. Er wünscht, die Gendarmen unabhängig zu machen durch erweiterte Einrichtung von Dienstwohnungen.

Unterstaatssekretär Osk erklärt, daß ein Hauptstück erstellt werden. Gendarmen und Polizeiführer sollen die gleiche Dienstausübung erhalten. (Beifall.)

Ag. Heine (Sag.) Die Gendarmen verdienen unter anderem Wohnlohn. Dem vom Vorredner vorgeschlagenen Wunsch kann ich mich anschließen.

Ag. v. Werder (Str.) unterstützt gleichfalls die Forderungen des Ag. Hammer.

Minister v. Wolff sagt wohlwollende Prüfung zu. Dienstwohnungen zu beschaffen ist auch unser Ziel. Die Hälfte der Gendarmen hat bereits Dienstwohnungen.

Ag. Dr. Müller-Ziegen (Str.) Die Gendarmen in der Nähe der Großstädte sind überlastet. Die Uebernahme des Autoverkehrs ist ihnen kaum noch möglich. Auch wir halten die Gendarmen für wertvolle Beamte.

Ag. Graf Berlin (Sag.) beklagt über die Streichung des Zitats: 300 000 Mark geheime Ausgaben im Interesse der Polizei. Das Spielverbot müsse beibehalten werden. Durch die Bewilligung solcher Gehaltszuschüsse schände das Haus die Ehre Preussens.

Vizepräsident Dr. Barth tritt den Redner zur Ordnung. Minister v. Wolff: Ich beziehe mich auf meine vorjährige Erklärung.

Ag. Swialta (Sag.) unterstützt den Antrag Strich. Der Titel wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Freischmitten bewilligt. Beim Titel Zuständig an die Kommunalverbände zur Ausführung des Bürgererziehungsgesetzes ferner.

Ag. Fehderber (Str.) bessere Ausbildung der Leiter von Bürgererziehungsanstalten.

Ag. Ströbel (Sag.) bezieht das Ergebnis des geltenden Bürgererziehungsgesetzes als fraglich. Es kommt vor, daß Zöglinge Verbrechen begehen, nur um aus dem Bürgererziehungsanstalten heraus zu entkommen zu können. Besonders trübe sah es in Mecklenburg aus. Uns nächsten Gründen werden heute Kinder in die Bürgererziehung geschickt.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß die Vorgänge in Mecklenburg von der Regierung sehr beklagt werden. Man dürfe aber nicht verallgemeinern. Man dürfe nicht aus einer Stelle aus einem anderen schließen, daß in anderen Bürgererziehungsanstalten pflichter und gewissenhaft gearbeitet werden. Es sind auch Erfolge erzielt worden. Der Minister läßt sich dringend angelegen sein, die Mißstände zu beseitigen, wo sie sich zeigen.

Ag. Trimbarn (Str.) empfiehlt eine Förderung der Wanderarbeitenden. Gerade an der belgischen Grenze bei Pertheshof belagern Arbeiter die Arbeiterstellen. Unter diesen Ausgewanderten befinden sich viele sehr brave Leute. Wenn man steigt oft sehr schnell über die Grenze. Die deutschen Konsuln sollen sehr wenig vorurteillos sein. Es wird behauptet, daß sie sogar arbeitslosen Deutschen statt einer Arbeitsstelle die Adresse der belgischen Fremdenpolizei geben.

Minister v. Wolff sagt Prüfung der Verhältnisse zu. Damit ist der Etat des Ministeriums des Innern erledigt. Das Haus verlegt sich auf Dienstag 11 Uhr: Berg, Sütten, Salinenverwaltung. Schluß 5 1/2 Uhr.

### Ausland.

Österreich-Ungarn. In Wien wird uns gemeldet: Die am Montag im Ministerium des Äußeren zusammengetretene Ministerkonferenz, an der unter dem Vorsitz des Ministers des Äußeren Grafen Aehrenthal die beiden Ministerpräsidenten und die beteiligten Außenminister teilnahmen, beschloß sich zunächst mit der allgemeinen handelspolitischen Situation der Monarchie. Hinsichtlich der Attivierung des im Vorjahre mit Rumänien abgeschlossenen und von der rumänischen Kammer bereits vollzogenen Handelsvertrages legte der Vertreter der königlich ungarischen Regierung die Gründe dar, welche es nicht ermöglichen, den Vertrag ohne parlamentarische Genehmigung in Kraft treten zu lassen. Dagegen habe sich die königlich ungarische Regierung bereit erklärt, diesen unter der früheren ungarischen Regierung abgeschlossenen Vertrag gleich nach Inkrafttreten des Hauses vorzulegen und für dessen Attivierung Sorge zu tragen. Die österreichische Regierung bekräftigt sich, auf den Vertrag ohne parlamentarische Genehmigung zu verzichten, auf dem Standpunkte der sofortigen Attivierung des Handelsvertrages. Hinsichtlich der Einleitung von Verhandlungen wegen Abschlußes von Handelsverträgen mit Serbien, Montenegro und Argentinien wurde das baldige Zusammenetzen der Zoll- und Zolleinsparungskonferenz zum Zwecke der Vorbereitung der Grundlagen für die Einleitungen dieser Verhandlungen beschlossen.

Frankreich und Marokko. Wie aus Paris vom 25. d. Mts. gemeldet wird, befindet es sich, daß der Sultan bei Empfang des französischen Ultimatus die Befehle und Mithras bezieht und sich mit ihnen zwei Stunden lang bezieht. Am nächsten Tage wurde der Konsul Gailard zum Raschen gerufen, wo er die Bedeutung des Ultimatus darlegte und vom Sultan die Ratifikation der Abkommen erbat. Der Sultan antwortete, er habe sie in Paris ratifizieren lassen; Gailard erklärte jedoch, er habe nicht den Auftrag, in Erörterungen einzugehen. Als der

Sultan darauf wegen der benötigten Summe von zwei oder drei Punkten Vorbehalte machte, zog sich Gailard zurück und ließ die französische Botschaft wissen, daß sie mit Vorbereitungen zur Abreise beginnen würde, gleichzeitig traf er selbst entsprechende Vorbereitungen. Nunmehr ließ der Sultan für Donnerstag den 24. Februar, Gailard wieder zu sich bitten. Das Ergebnis dieser Unterredung ist noch nicht bekannt, doch nimmt man an, daß die Entscheidung Marokko Sabis angeht der Möglichkeit der Abreise aller Franzosen für die Regelung der Frage vollkommen gütig ausfallen werde.

Kreta. Nach einer Meldung aus Athen ist Venizelos am Montag wieder nach Kreta abgereist.

Serbien. In der Supplischin erklärte in Verantwortung einer Interpellation der Sozialdemokraten wegen Ausweisung von Serben in die Türkei. Auswärtiger Ministerpräsident Pafschich, die Regierung von Montenegro habe wiederholt darauf hingewiesen, daß die freundschaftlichen Beziehungen, deren Pflege er im Interesse des serbischen Volkes für notwendig halte, durch den Aufenthalt montenegrinischer Auswanderer in Serbien beeinträchtigt würden. Da die serbische Regierung jedoch bisher ein Verbot der Ausweisung von Montenegrinern nicht erlassen, so wolle er sich demnach gegen Serbien wenden, so wie sie denn auch freiwillig getan hätten. Der von den Sozialdemokraten gestellte Mißtrauensantrag wurde abgelehnt.

Tibet. Nach einem aus Beijing eingetroffenen Telegramm erklärt die chinesische Regierung dem britischen Auswärtigen Amt auf dessen Frage nach den Intentionen der chinesischen Regierung bezüglich Tibets, daß die innere Verwaltung Tibets unverändert bleiben werde.

### Aus Nah und Fern.

Der furchtbare Eisenbahnunfall bei Wallace. Nach einer Depesche aus Walla-Walla im Staate Washington sind von den bei dem Eisenbahnunfall bei Wallace (Idaho) am Sonntag verunglückten Personen zwölf als Tote und fünfundsiebzig als lebend geborgen worden. Man fürchtet, daß noch etwa hundert Tote unter den Schnee- und Schuttmassen begraben sind. — Nach neueren Meldungen ist durch das Eisenbahnunglück die Ortshalle Wallace (Idaho) zerstört worden, in der etwa 300 Bergleute wohnten. Die Rettungsarbeiten werden durch einen heftigen Schneesturm erschwert.

Ein Feuerbrand hat am Montag früh in Bombay zahlreiche Mobs und Feldlager vernichtet. Der Schaden wird auf 2 bis 2 1/2 Millionen Mark geschätzt. Die Entstehungsweise des Brandes ist unbekannt.

Die Lage im Südpazifik. In Vente wurde bekannt gemacht, daß die nicht dem Besondere der Kolonialgruppen bisher angehörigen Gruppen am 2. März die Arbeit einstellen werden, da es unmöglich erscheint, daß zwischen den Grubenbesitzern und den Bergarbeitern eine Einigung zustande kommt. Darnach erscheint es fraglos, daß die Gruben in Südpazifik am diesem Tage den Betrieb stillstellen.

Ein Eisenbahnunfall bei „Mauretanien“. Aus New-York wird gemeldet: Der Sonabend dort aus Liverpool eingetroffene Passagierdampfer „Mauretanien“ hatte die holländische Küste bei seiner ganzen Fahrt über die Nordsee überfahren. Er ist bei der Einfahrt in den Hafen von Liverpool mitgenommen worden. In Ouerstroom nicht aus Land setzen konnte und ihn nach Amerika mitnehmen mußte. Dies war das Schicksal seiner unentworfene Fahrt über den Atlantischen Ozean seit fünfzig Jahren. Sonntag nach wurde die Besatzung der „Mauretanien“ lang auf ihren Knoten herabgeführt. Als die volle Besatzung wieder an Land wurde, ergaben sich weitere Verletzungen über das Herab. Mehrere Tote wurden verzeichnet, das Wasser drang unter die Verdecke. Ein Anker im Gewicht von zehntausend Pfund wurde mit flüssig Guben Ankerbock und einem Teil des Verdeckes mitgeführt.

Ein Eisenbahnunfall bei „Wien“. In Wien wurde bekannt gemacht, daß am Montag die „Wien“-Eisenbahn von Wien nach Prag durch einen Eisenbahnunfall unterbrochen wurde. Die Ursache wurde als ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen angegeben. Die Eisenbahnverwaltung hat die Ursache des Unfalls untersucht und festgestellt, daß die Ursache ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen war. Die Eisenbahnverwaltung hat die Ursache des Unfalls untersucht und festgestellt, daß die Ursache ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen war.

Ein Eisenbahnunfall bei „Wien“. In Wien wurde bekannt gemacht, daß am Montag die „Wien“-Eisenbahn von Wien nach Prag durch einen Eisenbahnunfall unterbrochen wurde. Die Ursache wurde als ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen angegeben. Die Eisenbahnverwaltung hat die Ursache des Unfalls untersucht und festgestellt, daß die Ursache ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen war.

Ein Eisenbahnunfall bei „Wien“. In Wien wurde bekannt gemacht, daß am Montag die „Wien“-Eisenbahn von Wien nach Prag durch einen Eisenbahnunfall unterbrochen wurde. Die Ursache wurde als ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen angegeben. Die Eisenbahnverwaltung hat die Ursache des Unfalls untersucht und festgestellt, daß die Ursache ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen war.

Ein Eisenbahnunfall bei „Wien“. In Wien wurde bekannt gemacht, daß am Montag die „Wien“-Eisenbahn von Wien nach Prag durch einen Eisenbahnunfall unterbrochen wurde. Die Ursache wurde als ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen angegeben. Die Eisenbahnverwaltung hat die Ursache des Unfalls untersucht und festgestellt, daß die Ursache ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen war.

Ein Eisenbahnunfall bei „Wien“. In Wien wurde bekannt gemacht, daß am Montag die „Wien“-Eisenbahn von Wien nach Prag durch einen Eisenbahnunfall unterbrochen wurde. Die Ursache wurde als ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen angegeben. Die Eisenbahnverwaltung hat die Ursache des Unfalls untersucht und festgestellt, daß die Ursache ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen war.

Ein Eisenbahnunfall bei „Wien“. In Wien wurde bekannt gemacht, daß am Montag die „Wien“-Eisenbahn von Wien nach Prag durch einen Eisenbahnunfall unterbrochen wurde. Die Ursache wurde als ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen angegeben. Die Eisenbahnverwaltung hat die Ursache des Unfalls untersucht und festgestellt, daß die Ursache ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen war.

Ein Eisenbahnunfall bei „Wien“. In Wien wurde bekannt gemacht, daß am Montag die „Wien“-Eisenbahn von Wien nach Prag durch einen Eisenbahnunfall unterbrochen wurde. Die Ursache wurde als ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen angegeben. Die Eisenbahnverwaltung hat die Ursache des Unfalls untersucht und festgestellt, daß die Ursache ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen war.

Ein Eisenbahnunfall bei „Wien“. In Wien wurde bekannt gemacht, daß am Montag die „Wien“-Eisenbahn von Wien nach Prag durch einen Eisenbahnunfall unterbrochen wurde. Die Ursache wurde als ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen angegeben. Die Eisenbahnverwaltung hat die Ursache des Unfalls untersucht und festgestellt, daß die Ursache ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen war.

Ein Eisenbahnunfall bei „Wien“. In Wien wurde bekannt gemacht, daß am Montag die „Wien“-Eisenbahn von Wien nach Prag durch einen Eisenbahnunfall unterbrochen wurde. Die Ursache wurde als ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen angegeben. Die Eisenbahnverwaltung hat die Ursache des Unfalls untersucht und festgestellt, daß die Ursache ein Zusammenstoß zwischen zwei Zügen war.

frag lautet: „Kollektiv wolle beschließen, gemeinsam mit dem Magistrat bei der Staatsregierung dahin vorzutreiben, daß das Gesetz über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus zu werden, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird.“ Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird.

Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird. Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird.

Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird. Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird.

Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird. Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird.

Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird. Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird.

Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird. Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird.

Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird. Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird.

Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird. Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird.

Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird. Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird.

Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird. Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird.

Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird. Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird.

### Deffentliche Stadtvorordnetenversammlung.

Vorstand: Stellvertretender Vorsteher Justizrat Böhring. 1. Antrag betr. die Petition an die Staatsregierung auf Abänderung des Gesetzes über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Dieser An-

trag lautet: „Kollektiv wolle beschließen, gemeinsam mit dem Magistrat bei der Staatsregierung dahin vorzutreiben, daß das Gesetz über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus zu werden, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird.“ Der Antrag wurde zunächst abgelehnt, da die Staatsregierung nicht bereit war, die Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert, und insbesondere durch Erneuerung der Wahlkreise in den Städten und Gemeinden geändert wird.



Die Rubrik in Curativalbuch gibt die Zinsarten an. Ein Bedeutungs: ...

Berliner Börse, 28. Febr. 1910

Verbreitungszahl: 1 Fr. 10. Post: 20 Pf. - Best. 1. G. d. B. ...

Main table containing stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Deutsche Industrie', 'Bank-Aktien', and 'Industrie-Aktien'.

Vertical text on the right side of the page, likely containing additional market information or advertisements.